

# KLIMARISIKEN REDUZIEREN, FRIEDEN SICHERN

## HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EIN INTEGRIERTES VORGEHEN

Von Jule Könneke

Klimaschutz und Frieden sind eng miteinander verbunden. Insbesondere im Kontext schwacher Institutionen und fragiler Staatlichkeit erhöhen die Auswirkungen des Klimawandels bestehende Konfliktrisiken und schaffen neue destabilisierende Faktoren. Der Erhalt von Frieden und menschlicher Sicherheit erfordert daher eine effektive Klimapolitik. Zugleich bilden Frieden und Stabilität (SDG 16) die Basis für eine erfolgreiche Bekämpfung des Klimawandels (SDG 13). Um sicherzustellen, dass Fortschritte in SDG 13 und SDG 16 erzielt werden können, ist folglich ein vernetztes und kohärentes Handeln erforderlich.

### HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

1. Mehr Forschung und eine breitere Datenlage zur Wechselwirkung von Klimawandel und (Un-)Sicherheit.
2. Synergiepotenziale zwischen Programmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Friedenssicherung erkennen und ausschöpfen und zugleich Konflikte zwischen Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und der Friedenssicherung vermeiden.
3. Integration von Klimarisiken in andere Politikbereiche sowie in Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit und Katastrophengestion.
4. Aufbau von kontextsensiblen Frühwarnsystemen, die sowohl Indikatoren für den Klimawandel als auch für die Konfliktescalation umfassen.
5. Der Nexus Klimawandel und Sicherheit muss ein thematischer Schwerpunkt des VN-Sicherheitsrates werden.

### AUSGANGSLAGE

Der Klimawandel ist eine der zentralen Sicherheitsbedrohungen des 21. Jahrhunderts. Er droht die Stabilität von Staaten und Gesellschaften in den kommenden Jahrzehnten ernsthaft zu gefährden. Seine Folgen betreffen neben der Umwelt nahezu alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche.

Die genauen Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Sicherheitsrisiken sind komplex, denn die Folgen

des Klimawandels interagieren mit anderen Herausforderungen und bestehenden Spannungen. Unmittelbare Folgen des Klimawandels sind die Zunahme des Ausmaßes und der Häufigkeit von Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen, wie Dürren und Überschwemmungen sowie der Anstieg des Meeresspiegels. Der damit einhergehende Verlust von Land und Ressourcen beeinträchtigt wiederum die Wasser- und Ernährungssicherheit, die Gesundheit sowie die sozio-ökonomische Entwicklung.<sup>1</sup> Sinkt die landwirtschaftliche Produktivität durch klimabedingte Wasserknappheit oder Extremwetterereignisse, ist die Lebens- und Einkommensgrundlage von Menschen gefährdet. Diese mittelbar durch den Klimawandel induzierten Sicherheitsbedrohungen wiederum haben massive Auswirkungen auf das Zusammenleben von Gesellschaften und können Ereignisse wie Flucht und Vertreibung nach sich ziehen.

Folglich wirkt der Klimawandel als Konflikttreiber und Risiko-Multiplikator: Negative Klimaauswirkungen wie Wasserknappheit, sinkende Ernteerträge und Landverluste verschärfen bestehende soziale, wirtschaftliche und politische Belastungen und schaffen neue Probleme.<sup>2</sup> Dies kann, insbesondere in fragilen und konfliktbehafteten Kontexten, welche über schwache staatliche Institutionen verfügen und besonders vulnerabel gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels sind, die Kapazitäten von Staaten weiter belasten.<sup>3</sup> Sind die Reaktionsfähigkeit

<sup>1</sup> Rüttinger, L. et al. 2015: *A New Climate for Peace – Taking Action on Climate and Fragility Risks*. Berlin/London/Washington/Paris: adelphi, International Alert, The Wilson Center, EUISS.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> van Baalen, S. and Mobjörk, M., *Climate change and violent conflict in East Africa: Integrating qualitative and quanti-*

von Institutionen sowie die verantwortungsvolle Regierungsführung beeinträchtigt, steigt das Risiko politischer Instabilität und gewaltssamer Konflikte.<sup>4</sup> Diese Entwicklung kann unter anderem in Nordafrika und der Sahelzone beobachtet werden, wo die Folgen des Klimawandels bereits heute als Konflikttreiber wirken.<sup>5</sup> So hat der klimabedingte Rückgang des Tschadsees - größtes Binnengewässer und wichtiger Wirtschaftsfaktor im Sahel - zur Folge gehabt, dass Fischerei als Einkommensquelle vielerorts weggefallen ist.<sup>6</sup> Die fehlende Möglichkeit der Existenzsicherung wiederum erleichterte es Milizen und terroristischen Gruppen, zunehmend perspektivlose Männer zu rekrutieren.<sup>7</sup>

Gleichzeitig beeinträchtigen soziale Umwälzungen, krisenhafte politische Entwicklungen, Instabilität und Konflikte die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften gegenüber den negativen Folgen des Klimawandels. Es erschwert die Integration von Maßnahmen gegen den Klimawandel in nationale Politiken und Strategien, macht Staaten und Gesellschaften weniger anpassungsfähig an klimabedingte Gefahren und Naturkatastrophen und kann das Erreichen von SDG 13 beeinträchtigen. Dieser Teufelskreis kann Länder in eine Klimawandel-Instabilitätsfalle von zunehmender Fragilität und Vulnerabilität führen und halten.<sup>8</sup>

Sowohl SDG 13 (*Take urgent action to combat climate change and its impacts*) als auch SDG 16 (*Promote peaceful and inclusive societies for sustainable development, provide access to justice for all and build effective, accountable and inclusive institutions at all levels*) subsumieren diverse und komplexe Probleme, die sich wechselseitig verstärken können. So kann der Klimawandel bestehende Spannungen entlang politischer, sozioökonomischer, ethnischer oder religiöser Linien -

wie Ungleichheit, Armut, Exklusion und Diskriminierung - verschärfen und somit potenziell das Erreichen von SDG 16 erschweren.

### **AKTUELLE POLITISCHE ENTWICKLUNGEN**

Der Nexus Klimawandel und Sicherheit wird sowohl von einer Reihe von Staaten, als auch vom VN-Sicherheitsrat zunehmend thematisiert. Um das Thema stärker auf die politische Tagesordnung zu rücken, befasst sich Deutschland im Rahmen seiner nichtständigen Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2019-20 mit den sicherheitspolitisch relevanten Implikationen des Klimawandels. Auch die G7-Staaten fordern seit einigen Jahren eine vermehrte Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit. Obwohl das Verständnis der Zusammenhänge von Klimawandel, Fragilität und Konflikt stetig wächst, bestehen insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung angemessener Reaktionen und politischer Optionen weiterhin erhebliche Wissenslücken.

Auch im Kontext der Ziele für nachhaltige Entwicklung finden durch Klimawandel induzierte oder verstärkte Spannungen und Konflikte bisher nicht ausreichend Beachtung. So werden Klimawandel und Konflikt zwar als einzelne, voneinander unabhängige Felder behandelt, der Zusammenhang wird jedoch noch nicht ausreichend anerkannt. Bestehende Maßnahmen widmen sich folglich jeweils verschiedenen Teilen des Problems, jedoch gehen die meisten Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel nicht auf Konflikte ein und ignorieren potentielle Konfliktfolgen, während Aktivitäten im Bereich der Friedenssicherung Klimarisiken mehrheitlich nicht berücksichtigen.<sup>9</sup>

Doch damit die Ursachen für klimainduzierte Instabilität und Konflikte systematisch bekämpft werden können, sind Lösungen gefragt, die beide Aspekte berücksichtigen und den Kreislauf zwischen Klimawandel und politischer Instabilität durchbrechen. Denn Frieden und inklusive, staatliche Institutionen, gute Regierungsführung sowie die Möglichkeit der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten sind die Voraussetzung für das Erreichen von SDG 13. Um mit dem Klimawandel verbundenen Konflikten vorzubeugen bzw. mit diesen umzugehen, muss folglich der Zugang zu rechtstaatlichen Mitteln der ge-

tative research to probe the mechanisms, International Studies Review, vol. 43, no. 4 (Dec. 2017), pp. 547-575.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). 2014: Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Working Group II, 5th Assessment Report. Cambridge: Cambridge University Press.

<sup>6</sup> Dröge, S. 2018: Klimawandel als Sicherheitsproblem. Prioritäten für Deutschlands Sicherheitsratssitz 2019-2020. SWP-Aktuell. Nr.49 Sept. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Tänzler, D.; Rüttinger, L. and Scherer, N. 2018: Linking climate change adaptation, peacebuilding and conflict prevention. Policy Brief. The Hague: Planetary Security Initiative.

<sup>9</sup> Ebd.

waldfreien Konfliktbeilegung geschaffen und sichergestellt werden. Um in gleicher Weise zu gewährleisten, dass insbesondere in fragilen Staaten Fortschritte in SDG 16 erzielt werden können, ist die Verknüpfung mit Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen (SDG 13) erforderlich.

## **HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN**

### **Wissensbasis zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit erweitern**

Zunächst ist ein besseres Verständnis des Nexus von Klimawandel und Sicherheit erforderlich. Mehr Forschung und die Verbesserung der Datengrundlage über den Klimawandel und seine Auswirkungen in fragilen Kontexten könnte helfen, die Art der Wechselwirkung besser zu verstehen. Außerdem ist eine prägnante Formulierung der institutionellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung des Klimawandels erforderlich, um dem Klimawandel in Konfliktregionen entgegenzuwirken. Ein tieferes Verständnis der Zusammenhänge von Klimawandel und Sicherheit würde die Auswahl und Priorisierung adäquater Maßnahmen erleichtern.

### **Vernetztes und kohärentes Handeln zwischen einzelnen Politikfeldern**

Angesichts der komplexen Verflechtungen von SDG 13 und SDG 16 scheint es angebracht, Kohärenz zwischen Programmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Friedenssicherung beziehungsweise Konfliktprävention herzustellen.<sup>10</sup> Das würde ermöglichen, Synergie- und Konfliktpotenziale von Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Friedenssicherung frühzeitig zu erkennen und in die Auswahl der Handlungsoptionen sowie die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Darüber hinaus müssen klimabedingte Sicherheitsrisiken in andere Politikbereiche und Maßnahmen wie Landwirtschaft, Gesundheit und Katastrophenmanagement integriert werden, um kohärentes Handeln über einzelne Politikfelder hinweg sicherzustellen.

### **Aufbau von multisektoralen Frühwarnmechanismen**

Um eine multisektorale Risikobewertung zu ermöglichen, müssen verstärkt Frühwarn- und Reaktionssysteme auf-

<sup>10</sup> Tänzler, D.; Rüttinger , L. and Scherer, N. 2018: Linking climate change adaptation, peacebuilding and conflict prevention. Policy Brief. The Hague: Planetary Security Initiative.

gebaut werden, welche sowohl Indikatoren für Klima- als auch Indikatoren für Fragilitätsrisiken umfassen.<sup>11</sup> Dies kann dazu beitragen, verflochtene Klima- und Konfliktrisiken zu identifizieren und komplexe Belastungssituatonen frühzeitig zu erkennen.<sup>12</sup> Der Aufbau multisektoraler Frühwarnsysteme bietet somit die Möglichkeit, die Widerstandsfähigkeit von Individuen, Gesellschaften und Staaten gegenüber einer Vielzahl von Belastungen und exogener Schocks zu stärken. Risikobewertungen müssen dabei stets konfliktsensibel gestaltet sein und gruppenspezifische Differenzen berücksichtigen. So ist die Geschlechterperspektive systematisch einzubeziehen und die besondere Verwundbarkeit marginalisierter Bevölkerungsgruppen - wie Indigene, Menschen mit Behinderung und Minderheiten - zu berücksichtigen.

### **Klimawandel gehört auf die Agenda des VN-Sicherheitsrates**

Nicht zuletzt muss der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit ein thematischer Schwerpunkt des VN-Sicherheitsrates werden. Der VN-Sicherheitsrat muss zu einem Ort der systematischen Evaluation, des Informationsaustausches und der zunehmenden internationalen Kooperation im Hinblick auf Klimarisiken werden.<sup>13</sup> Klimabedingten Sicherheitsrisiken eine institutionelle Heimat im VN-Sicherheitsrat zu geben, würde zu einer verbesserten und systematischen Einschätzung und Analyse von Risiken infolge des Klimawandels beitragen sowie das Risikomanagement erleichtern – notwendige Voraussetzungen für eine erhöhte Handlungsfähigkeit im Bereich Klima und Sicherheit. Darauf muss die deutsche Bundesregierung in ihrer verbleibenden nichtständigen Mitgliedschaft hinarbeiten.

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Dröge, S. 2018: Klimawandel als Sicherheitsproblem. Prioritäten für Deutschlands Sicherheitsratssitz 2019-2020. SWP-Aktuell. Nr.49 Sept. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

## **AUTORIN**



### **JULE KÖLLEKE**

Jule ist eine von zwei Präsident\*innen von Polis180. Sie hat unsere Europakampagne „jung & wählerisch“ geleitet und ihre Masterarbeit zum Nexus von Klimawandel und Sicherheit im Kontext der EU geschrieben.

## **POLIS180**

Der Grassroots-Thinktank Polis180 übersetzt wissenschaftliche Erkenntnisse für politische EntscheidungsträgerInnen. Ideen, Analysen und Lösungsansätze unserer Generation bringen wir durch innovative, partizipative und inklusive Ansätze in den politischen Diskurs ein. In thematischen Programmen und mit neuen und kreativen Formaten entwickeln wir echte Alternativen für eine konstruktive Außen- und Europapolitik.

♥ Polis180 e.V., April 2020

Dieser Polis Brief spiegelt die Meinung der Autorin und nicht die von Polis180 als Organisation wider.

**POLIS180 – GRASSROOTS THINK TANK FÜR  
AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK  
KIEFHOLZSTRASSE 2, 12435 BERLIN  
WWW.POLIS180.ORG | INFO@POLIS180.ORG**